

Armin Pfahl-Traugher

Ein demokratischer Sozialist in den USA

Das Phänomen Bernie Sanders

»Bernie? Kann ein wildbehaarter Sozialist aus Vermont die Politik zum Guten wenden?«, fragte jüngst das linksliberale US-amerikanische Magazin Mother Jones. Gemeint war damit der mittlerweile 74-jährige Bernie Sanders, Senator für Vermont. Er ist aktuell der härteste Konkurrent von Hillary Clinton um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten. Zunächst hatte man Sanders nicht sonderlich ernst genommen, denn gegenüber der ehemaligen US-Außenministerin galt er als chancenlos. Hinzu kam, dass Sanders kein Parteimitglied der Demokraten ist, sondern als Unabhängiger kandidiert, und sich zu einem demokratischen Sozialismus bekennt. Gleichwohl konnte er binnen Kurzem an Popularität gewinnen. Kein anderer Präsidentschaftskandidat mobilisiert so viele Menschen zu seinen Versammlungen und in den Umfragen schließt er zu Clinton auf.

Bernard Sanders wurde 1941 in New York als Sohn polnischstämmiger Einwanderer mit jüdischer Religionszugehörigkeit geboren. Bereits als Schüler gehörte Sanders der »Young People's Socialist League« an. 1959 begann er ein Studium der Psychologie, wechselte dann aber zur Politikwissenschaft und schloss dieses 1964 ab. In jener Entwicklungsphase betätigte er sich auch politisch in der Bürgerrechtsbewegung. Nach dem Ende der Universitätszeit ging er nach Israel und lebte in mehreren Kibbuzim. Auf Nachfrage bekannte Sanders, er sei stolz darauf, jüdisch zu sein. Damit gehe aber keine besondere religiöse Identität einher. Er habe aber am Beispiel der Ermordung der Juden und Hitlers vorherigen Wahlerfolgen gelernt, wie wichtig die Beschäftigung mit Politik sei.

Nach der Rückkehr in die USA ließ sich Sanders mit seiner Familie in Vermont nie-

der. Die Stadt sollte fortan der Ausgangspunkt für einen von Erfolgen wie Niederlagen geprägten Lebensweg werden: Als Mitglied der Liberty Union Party kandidierte Sanders mehrfach um das Gouverneursamt bzw. einen Senatssitz. Dabei konnte er in den 70er Jahren mit zwischen 1,5 und 6,1 % der Stimmen nur Ergebnisse auf niedrigerer Ebene verzeichnen. Dies änderte sich 1981 schlagartig mit der Kandidatur für das Bürgermeisteramt von Burlington, der größten Stadt im Bundesstaat Vermont. Eine Kampagne unter dem Motto »Burlington ist nicht zu verkaufen« führte zu einem denkbar knappen Erfolg, der sich danach, mit größeren Abständen zu seinen Gegenkandidaten, sogar noch drei weitere Male wiederholen sollte. Eine Kandidatur für das Repräsentantenhaus blieb 1988 noch erfolglos, 1990 erhielt Sanders als Unabhängiger den Sitz für Vermont.

Dabei handelte es sich keineswegs um einen Ausreißer, denn bei den folgenden Entscheidungen konnte Sanders zwischen 1992 und 2004 nicht nur regelmäßig Mehrheiten mobilisieren. Ab 1998 erhielt er sogar mehr als 60 % der Stimmen, zuletzt 2004 sogar 68,8 %. Damit war eine gute Grundlage für eine Senatskandidatur geschaffen. 2006 erhielt er 65,4 und 2012 sogar 71 % der Stimmen. Besondere Aufmerksamkeit erregte Sanders bereits vor dieser Wiederwahl 2010 mit einer achteinhalbstündigen Rede, worin er die Beibehaltung der von der Bush-Administration durchgesetzten Steuerkürzungen für die Wohlhabenden kritisierte. Demgegenüber trat Sanders für eine Steuerpolitik der Umverteilung zugunsten der Mittelschicht ein. Die USA sollten mehr wie die skandinavischen Länder werden. Eine solche Alternative stand auch im Mittelpunkt von San-

ders Ankündigung vom 29. April 2015, worin er sich um die Nominierung als Kandidat der Demokraten für die Präsidentschaftswahl 2016 bewarb.

Sanders thematisiert vor allem die ansteigende soziale Ungleichheit, hätten doch die 400 reichsten Bürger/innen mehr Geld als die 150 Millionen ärmeren in den

Politische Positionen USA. Während die einen für immer weniger Lohn immer länger arbeiten müssten, könne man bei den anderen ein kontinuierliches Ansteigen des Besitzes und Wohlstandes ausmachen. Als Gegenprogramm fordert er eine umfassende Steuerreform, welche die Besserverdienenden mehr belastet und die Mittel- und Unterschicht stärker entlastet. Der Besuch von Schulen und Universitäten solle für alle Bürger kostenlos sein, eine allgemeine Krankenversicherung ihnen medizinische Versorgung gewähren. Denn jährlich sterben in den USA Zehntausende von Menschen, weil sie sich keine ärztliche Behandlung leisten könnten.

Auch in anderen Politikfeldern geht es Sanders um eine Reduzierung der Macht der Superreichen, sei es bezogen auf ihren Einfluss auf die Medien oder hinsichtlich der Regelung von Wahlkampfspenden. Er beschwört dabei die Gefahren einer Entwicklung, die es Milliardären erlaube, Kandidaten und Wahlen zu kaufen. Sanders sieht hier Gefahren für die politische Demokratie und die soziale Sicherheit. Diese Einstellung erklärt u.a. seine Abneigung gegen Freihandelsabkommen, die den Profitinteressen von Großkonzernen in den USA dienen, doch im eigenen Land zu Arbeitslosigkeit und Lohndumping führten. Ansonsten tritt Sanders eher für außenpolitische Zurückhaltung ein. Den »Islamischen Staat« hält er zwar für eine anwachsende Bedrohung, sieht aber für dessen Bekämpfung die Länder des Mittleren und Nahen Ostens in der Pflicht.

Diese Einstellung konnte man bereits im früheren Abstimmungsverhalten fest-

stellen: Sanders gab 2002 einer Resolution zum Irak-Krieg nicht seine Stimme und opponierte ab 2003 stark gegen die Invasions-Politik der Bush-Administration. Krieg dürfe nicht das erste, sondern nur das letzte Mittel zur Lösung solcher Probleme sein. Gegenüber Israel nahm Sanders eine Haltung der kritischen Solidarität ein. Denn die von der Netanjahu-Regierung 2014 durchgeführten Bombardierungen mit der Tötung vieler Zivilisten legten die Grundlage für fortgesetzten Hass und stärkten letztendlich die Hamas. Besondere Kritik fand bei Sanders das Bemühen, mit Hinweis auf eine sicherheitspolitische Bedrohung durch den Terrorismus bestimmte Grundrechte einzuschränken oder zu relativieren. Er gehörte denn auch nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu den kontinuierlichen Kritikern des »Patriot Act« und stimmte gegen alle Neuaufgaben und Verschärfungen.

Kurz nach seiner Erklärung, für das Amt des US-Präsidenten kandidieren zu wollen, rechneten Umfragen mit um die 5 % an Zustimmung für Sanders.

Wie erklärt sich Sanders' Erfolg? Mittlerweile ist es ein Drittel, womit er aber noch eindeutig hinter Hillary Clinton liegt. In manchen Bundesstaaten hat Sanders sie in den Umfragen indessen schon knapp überholt. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die meisten Kommentatoren verwenden in Beiträgen oder Kommentaren über Sanders Formulierungen wie »authentisch« und »ehrlich«. Das sind mehr persönliche Eigenschaften und weniger politische Positionen. Wenn sie bei einem bestimmten Politiker doch für so wichtig gehalten werden, dann sagt dies viel über das Bild von anderen Politikern aus. Sanders ist tatsächlich ein »Außen-seiter«, der gerade deswegen die von der Politik enttäuschten Menschen anspricht.

Im Mittelpunkt seiner Kampagne steht das Anwachsen der sozialen Ungleichheit in den USA. Er betont dabei, dass diese Entwicklung fatale Folgen für die Demokratie

habe: Man müsse bereits von einer Oligarchie sprechen. Derart deutliche Kommentare zu den politischen und sozialen Entwicklungen in den USA hatte man aus den etablierten Kreisen der Politik schon lange nicht mehr gehört. Sanders ergeht sich denn auch nicht wie Obama in der harmonisierenden Rede von dem »einen Amerika«. Er macht die politischen und sozialen Differenzen zwischen der Mehrheit der Menschen und der Minderheit der Superreichen überdeutlich. Ein Bewusstsein davon ist durchaus in der US-Gesellschaft vorhanden, es wird aber kaum in dieser Klarheit politisch artikuliert.

Sanders' Forderungen sind keine utopischen Träume. Er weist darauf, dass Bildung und Krankenversicherung für alle in anderen Ländern gesellschaftliche und politische Realität ist. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Regulierung der Banken sind spätestens nach der Banken- und Finanzkrise für viele Menschen mehr als nur nachvollziehbare Positionen. Sanders kann dies gut begründen, konfrontiert er doch in jeder Fernsehsendung den Interviewer mit den entsprechenden Zahlen. Er kann darüber hinaus auf politische Erfahrung verweisen, als langjähriger Bürgermeister wie Senator. Da Sanders' Akzeptanz bei den jeweils folgenden Kandidaturen für diese Ämter auf zum Teil über 70 % anstieg, muss es dafür Gründe in der von ihm praktizierten Politik geben. Dabei agierte Sanders gegen die etablierten Kräfte als politisch Unabhängiger.

Der Erfolg einer Kandidatur ist in den USA mit von den finanziellen Ressourcen für Wahlwerbung abhängig. Bereits der Blick auf die aktuellen Mittel der Topkandidaten lehrt viel, vergleicht man die sogenannten Super-Pac- und Wahlkampfspenden. Pac steht für »Political Action Committee«, also die Geldzuwendungen für Unterstützervereine, die insbesondere von den Superrei-

chen kommen. Jeb Bush nahm bisher über 100 Millionen Dollar ein, Hillary Clinton mehr als 15 Millionen und Sanders lediglich einige tausend Dollar. Allein der Vergleich der Summen sagt viel über Chancen und Interessenvertretung. Sanders ist dies bewusst. In seinen Reden betont er: Sie haben das Geld, wir haben die Menschen. Um Sanders' Kandidatur zu unterstützen, hat sich schon früh eine »Graswurzel«-Bewegung gebildet. Deren Ausweitung und Engagement dürften entscheidende Faktoren für die Sanders-Kampagne werden.

Bereits jetzt ist indes absehbar: Je höher die Akzeptanz in den Meinungsumfragen, desto wahrscheinlicher ist die Eskalation einer »Schmutzkampagne«. Der Einfluss derartiger 30-Sekunden-Clips sollte nicht unterschätzt werden. Konservative Publizisten diffamierten Sanders – den jüdischen Sohn von Holocaust-Überlebenden – schon als Nationalsozialisten. Sein Bekenntnis zu einem demokratischen Sozialismus dürfte man gerade als Einladung zu einschlägiger Hetze sehen – auch wenn es, amerikanisch formuliert, nicht an Eugene V. Debs, sondern an Franklin D. Roosevelt oder, europäisch formuliert, nicht an Wladimir I. Lenin, sondern an Olof Palme orientiert ist. Hier ist für Sanders entscheidend, inwieweit es der »Graswurzel«-Bewegung zu seiner Unterstützung gelingt, einschlägigen Einfluss auf das Meinungsbild in der Öffentlichkeit zu nehmen.

Doch wie stünde es um die Chancen für die Umsetzung seiner Vision nach einer Wahl? Hier darf daran erinnert werden, dass der US-Präsident zwar als mächtigster Mann der Welt gilt. Gerade der Blick auf Obama macht indessen die Grenzen der Möglichkeiten deutlich. Sanders ist ein Unabhängiger. Seine Auffassungen sind so weit weg vom Establishment der US-Politik, dass man sich hier eine Blockade- und Verhinderungsstrategie schon jetzt vorstellen kann. Dem entgegen wirken könn-

Und seine Chancen?

te allenfalls die Permanenz öffentlichen Drucks, wie er von einer starken »Graswurzel«-Bewegung ausgeht. Obama hatte eine solche auf seiner Seite, interessierte sich aber nach seiner Wahl nicht mehr sonderlich für sie. Sanders macht schon

jetzt in seinen Reden deutlich, dass der Erfolg einer Präsidentschaftskandidatur erst der Beginn und nicht das Ende eines Wandels wäre. Damit begeistert ausgerechnet ein 74-jähriger Senator nicht nur junge Menschen in den USA.



Armin Pfahl-Traugber

Politikwissenschaftler und Soziologe, ist hauptamtlich Lehrender an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung Brühl. Zuletzt erschien bei Springer VS: *Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme.*

Armin.Pfahl-Traugber@HBund.de

Daniel Duben

Nach »HoGeSa« ist vor »HoGeSa«

Ein Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus im Fußballstadion wird dringend benötigt

Als am 26. Oktober 2014 knapp 5.000 Menschen dem Demonstrationsaufruf der »Hooligans gegen Salafisten« (»HoGeSa«) folgten und randalierend durch die Kölner Innenstadt zogen, warf dies ein Schlaglicht auf die besorgniserregenden Entwicklungen innerhalb der deutschen Fußballfanszene. Rechtsextreme werden im Umfeld des Fußballs wieder aktiver, doch die Reaktionen darauf sind immer noch weitgehend konzeptlos. Zwar wird die Gefahr von rechtsaußen erkannt und etliche vielversprechende Gegenmaßnahmen werden ergriffen. Doch statt diese Ansätze in ein abgestimmtes, theoretisch fundiertes Gesamtkonzept zu integrieren, konzentrieren sich die Akteure aus Vereinen und Verbänden, aus Politik, Polizei und Fanprojekten zu häufig alleine auf ihr jeweiliges Handlungsfeld.

Eine intensive Auseinandersetzung mit den Gründen, die zum Erstarken der »Hooligans gegen Salafisten« geführt haben, wurde daher bislang vernachlässigt. Die Analyse dieses Prozesses ist jedoch essenziell. Denn obwohl sich der Zusammen-

schluss in der Auflösungsphase befindet, weist eine erste (und bislang einzige) wissenschaftliche Untersuchung im Auftrag des Bundeskriminalamtes eindeutig darauf hin, dass »HoGeSa« eine Art Blaupause für die Verbindung von diffus rechten Fußballfans mit rechtsextremen Kräften außerhalb des Stadions darstellt. Die Entstehung von besser organisierten Nachfolgeorganisationen ist sehr wahrscheinlich.

Daher müssen jetzt die nötigen Maßnahmen eingeleitet werden, um ähnlichen Phänomenen künftig effektiver begegnen zu können. Dass dies momentan nicht geschieht, ist fahrlässig. Wird die Chance vertan, steht man in einigen Monaten neuen Phänomenen genauso ratlos gegenüber wie jüngst den »HoGeSa«.

Das Potenzial für einen effektiveren Kampf gegen Rechtsextremismus im Fußballstadion (definiert vor allem über die Dimensionen Rassismus, Homophobie, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Affinität zum Nationalsozialismus) ist heute schon vorhanden. Viele engagierte Ak-